

# Pulsnitzer Wochenblatt

Preisnehmer Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 6.— bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 5.—, monatlich M 2.—, durch die Post abgeholt M 6.—.

## Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.  
Postfach-Konto Leipzig 24 127. — Gemeinde-Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeitzeile (Masse's Zeilenmesser 14) 70 Hg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 60 Hg., im Amtsgerichtsbezirk 50 Hg. Amtl. Zeile M 2.10, i. 80 und 1.50. Refl. M 1.50 bei Wiederhlg. Rabatt. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großböhrendorf, Brednig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bismarckberg, Klein-Dittmannsdorf  
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr). Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 57.

Freitag, den 16. April 1920.

72. Jahrgang

### Amtlicher Teil.

#### Einschränkung des Kraftwagenverkehrs in der Nacht sowie an Sonn- und Festtagen.

Der Brennstoff- und Bereifungsmangel zwingt zu weiterer Einschränkung des Kraftwagenverkehrs. Die geringen Mengen von Betriebsstoff, die gegenwärtig zur Verteilung gelangen können, müssen vor allem für Zwecke der Volkswirtschaft freigehalten werden. Schließweise muß beschlagnahmt werden, deshalb ist in weitgehendem Umfang auch die Herkunft des Betriebsstoffes durch die Polizeibehörden festzustellen.  
Für das Gebiet des Freistaates Sachsen wird bis auf weiteres der Verkehr mit Personenkraftfahrzeugen, insbesondere auch der mit Kraftdroschken, von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens sowie jede Vergnügungsfahrt nach Ausflugsorten, Vergnügungsfahrten (und dergl.) an Sonn- und Feiertagen untersagt.  
Ausgenommen vom Verbot der Nachtfahrt sind nur unaufschiebbare dienstliche Reisen mit dem Kraftwagen, die Fahrten zu denen der Arzt in dringlichen Fällen der Ausübung seines Berufes genötigt ist, sowie die Beförderung von Kranken. Darüber hinaus sind die Polizeibehörden befugt, im Einzelfalle gegen Ausstellung eines schriftlichen Ausweises eine Ausnahme einzuräumen, wenn die Notwendigkeit der Nachtfahrt nachgewiesen ist. Der Ausweis wird nach dem beifolgenden Muster ausgestellt und ist der Behörde zurückzugeben.

Zu widerhandlungen werden nach § 21 des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (RGBl. Seite 437 ff.) mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft und haben weiter nach § 7 der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen vom 25. Februar 1915 (RGBl. Seite 113) den sofortigen Widerruf der Zulassung des Fahrzeuges zur Folge.

Die Zulassungs- und die Polizeibehörden haben Anweisung, diese Verordnung streng durchzuführen.

Dresden, am 29. März 1920.

Ministerium des Innern.

Muster für den Ausweis zu einer ausnahmsweise genehmigten Nachtfahrt:

Nachtfahrt vom 3. zum 4. April 1920 für Herrn Sägemerksbesitzer N. N. zur Fahrt von Eibenstock nach Chemnitz ausnahmsweise gestattet. Zulässige Begleitung: 1 Kraftwagenführer und Prokurist R. R.

Eibenstock, den 2. April 1920.

(L. S.)

Stadtrat.

Bürgermeister.

#### Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 26. Februar 1920, § 2 Absatz 4, wonach für die Lieferung gekühlter Vollmilch zur Frischmilchverfälschung ein Zuschlag von 10 Hg. für 1 Liter gezahlt werden kann, wird die nachstehende Auslegungsvorschrift der Reichsstelle für Speisefett bekanntgegeben:

Der Frischmilchzuschlag ist nur für die Milch bestimmt, die zur Verwendung als Trinkmilch geliefert wird. Für Milch, die nicht zu Trinkzwecken verwendet, sondern verarbeitet wird, (Verarbeitungs-Milch), darf demnach der Zuschlag nicht gewährt werden. Der Zuschlag gebührt nicht der Molkerie, sondern dem Erzeuger. Wird an eine Molkerie Milch geliefert, die teils als Trinkmilch, teils als Verarbeitungsmilch verwendet wird, so sind die Zuschläge unter die sämtlichen Lieferanten anteilig zu verteilen.

Ramenz, am 14. April 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

#### Bekanntmachung.

Die von dem Kommunalverbande in den Molkerien angestellten Milchuntersuchungen haben ergeben, daß die angelieferte Milch von einzelnen Kuhhaltern durch Entnahme bzw. durch Wasserzusatz gefälscht worden ist.

#### Das Wichtigste.

Das Staatsdepartement erklärt, daß in Guatemala ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Präsident Cabrera soll das Land verlassen.

Wie die englischen Blätter melden, erklärte der Präsident des britischen Handelsamtes im Unterhause, daß Deutschland in den letzten 6 Monaten für insgesamt 2 423 000 Lfr. Manufakturwaren nach England eingeführt habe. So viel er wisse, habe die deutsche Regierung keinerlei Ausfuhrzoll erhoben.

Großer Preissturz in Wien. Der „Reichspost“ zufolge ist in Wien ein Preissturz eingetreten. Fleisch ist seit Sonnabend um 50 bis 70 Kronen zurückgegangen. Das Gemüße ist jetzt unter Höchstpreis auf den Wiener Märkten zu haben.

Die Konferenz in St. Remo wird ihre öffentlichen Sitzungen am 20. April beginnen. Mitti wird den Vorsitz führen. Die Bank von England hat den Diskontsatz von 6 auf 7% erhöht.

Die englischen Liberalen und die Arbeiterpartei haben beschlossen, gegen den Friedensvertrag mit Deutschland und Bulgarien Verwahrung einzulegen.

Die deutschen Vorstellungen gegen die Ablieferung des Restes unserer Handelsflotte sind von der Entente abge-

lehnt worden. Die Ablieferung der deutschen Handelsflotte soll unverzüglich erfolgen.

Ablehnung einer Preiserhöhung für Eisen. Die von der Eisen-Industrie mit Rücksicht auf die neu gestiegenen Kohlenpreise geforderte Preiserhöhung für Eisen ist vom Reichswirtschaftsministerium abgelehnt worden, da die steigende Valuta und die damit verbundene Verbilligung der Rohstoffe die Erhöhung der Kohlenpreise mehr als ausgleicht.

Eine Erklärung der Deutschen Nationalen Volkspartei warnt vor neuen Putschversuchen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält am 20. und 21. April im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin seine Plenarversammlung ab.

Der Erzkaiser reißt im Laufe der nächsten Tage von Amerongen nach dem für ihn hergerichteten Landts Doorn über.

Das Befinden der Kaiserin. Wie die „Täg. Rundsch.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind die Nachrichten über das Befinden der früheren Kaiserin, wie sie von verschiedenen Seiten gebracht wurden, stark übertrieben.

Der zweite Bürgermeister von Königsberg schätzt die Gesamtzahl der Toten des Rothensteiner Unglücks auf 800 bis 400.

#### Kritische Spannung.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Koalitionsparteien hatten nach der Niederwerfung des Rapp-Putsches geglaubt, daß nun der Status Quo ante wieder hergestellt ist und es im alten Fahrwasser der Ebert-Bauer-Politik weiter gehen könnte. Das war ein grundfälschlicher politischer Irrtum, den nur solche Männer begehen konnten, die keinen Blick für historische Ereignisse haben und folglich auch nicht verstehen, den elementaren Kräften der geschichtlichen Entwicklung Rechnung zu tragen. Der Rapp-Putsch war die Wirkung der außerordentlich unerträglichen Zersplitterungen, die durch Krieg und Revolution hervorgerufen waren. Nachdem er überwältigt war, hätte es die Regierung sich angelegen sein lassen müssen, die Ursachen der Rapp'schen Gegenrevolution genau zu studieren, um Mittel und Wege zu finden, daß sie nicht wieder zu derartigen Auswüchsen führen können. Das hat sie aber in der That, die Ebert-Bauer'sche Herrlichkeit wieder aufzurichten, ganz und gar vergessen, sie hat nicht die Ursachen beseitigt, die die Rapp'sche Bewegung hervorgerufen hatten und deshalb wundert sie sich, daß diese Ursachen noch nicht aufgehört haben, wieder neue Wirkungen zu zeitigen. Es war doch ganz klar, daß zunächst nach Wiederherstellung der Staatssicherheit mit dem brüchigen System der Parteienwirtschaft aufgeräumt werden mußte. Statt dessen aber hat von vornherein

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, am Sonntag, den 25. April 1920 von nachmittags 5 Uhr ab im Schützenhause zu Pulsnitz einen

#### Ehren-Abend verbunden mit Begrüßungsfeier

für unsere aus dem Kriege und der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Ehre- u. Einwohner unserer Stadt und deren Angehörigen zu veranstalten.

Da zu dieser Feier für die zu begrüßenden Heimgekehrten ein gemeinschaftliches Abendessen stattfinden soll, werden diese bzw. deren Angehörigen hiermit gebeten, eine Einladungskarte, gegen welche am Saaleingang, eine Spelse- und Biermarken verabsolgt werden, bis mit Montag, den 19. April 1920 in der Zeit von 7-12 Uhr vormittags

in der Ratkassette abzuholen. — Die Bekanntgabe der Fest-Ordnung erfolgt später.

Pulsnitz, am 15. April 1920.

Der Rat der Stadt.



wieder ein Ruhhandeln unter den Regierungsparteien um die Ministerstühle stattgefunden, man hat durch Verhandeln versucht, die revolutionäre Bewegung im Ruhrrevier einfach hinwegzuredern zu wollen, man hat in nichtsagenden Reden den französischen Einmarsch geduldet, und man hat schließlich nicht das geringste getan, daß das wankende Vertrauen des Volkes zu den Leitern seines Geschickes gestützt hätte.

Die deutsche Presse ist wieder einmal voll von unkontrollierbaren Nachrichten, denen zufolge neue Putzche im Verzuge seien. Kein Mensch weiß, was wahr daran ist, denn die Beängstigung und das Mißtrauen hat soweit um sich gegriffen, daß viele in den kleinsten Dingen gleich die schwersten Staatsgefahren sehen wollen, daß auch nur die leiseste kritische Auflehnung gegen die Regierung schon als Revolution ausgedeutet wird. Als Bayern sich gegen die Auflösung der Einwohnerwehren verwehren wollte, schrie man von einer reaktionären Gefahr und von Sonderbestrebungen in Bayern. In Pommern, wo die Landwirte unzufrieden mit den Lieferungsbestimmungen und mit der Zwangswirtschaft sind, sieht man das Gespenst einer Bauernverschöpfung. Überall fühlt man eine große Ungeklärtheit und Unsicherheit der allgemeinen Verhältnisse heraus, man hegt Befürchtungen, man macht sich bald einen Sport daraus, es überall vor neuen Putzgefahren gruselig zu machen. Es mag ja möglich sein, daß an irgend einer Stelle dunkle Elemente Vorbereitungen treffen, aber gerade dadurch, daß man allerhand Gerüchte umherschreit, wird die Möglichkeit verhindert, den wirklichen Mächtern auf die Spur zu kommen. Diese werden vielmehr durch die Beängstigungen und Besorgnisse ständig dazu angehalten, mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen und überall noch ein bisschen im Erdboden zu sitzen. Wenn auf diese Weise dann eine große Panik und Verwirrung entsteht, haben die Revolutionäre und Dunkelmänner um so leichteres Spiel, denn bei dem allgemeinen Mißtrauen unter den einzelnen Volkskreisen gegeneinander ist an eine Sammlung der ordnungsliebenden Kräfte überhaupt nicht zu denken.

In Deutschland herrscht jetzt Wahlstimmung. Das deutsche Volk stellt in diesen Tagen keine Einheit mehr dar, sondern ist in Parteien zerklüftet, die aus der allgemeinen Verwirrung der Verhältnisse für sich so viel wie möglich herauszuschlagen wollen. Nützliche Menschenkraft wird für Wahlarbeit verbraucht, die Regierung selbst wird nur noch als ein Provisorium angesehen, das keine Lebensdauer mehr hat und so sammelt sich überall ein Herd von zerlegenden Stoffen an, die die Grundpfeiler des Staatswesens erschüttern machen. Dieser Zustand ist sehr kritisch, überall tun sich neue Gefahren für Volk und Staat auf. Das derartige Verhältnisse dem Auslande nicht verborgen bleiben können, zeigt das plötzliche sehr erhebliche Sinken der Wauluta. Man weiß also in der ganzen Welt, daß es wieder in Deutschland kriselt und daß dort noch lange keine Klärung der Verhältnisse zu erwarten ist. Die Entente geht mit Deutschland um, wie mit einem Spielball. Sie weiß, daß jetzt auch für sie die beste Gelegenheit ist, ihr Schicksal in Deutschland zu bringen. Und darum billigt sie es, daß nun nach den Franzosen auch noch die Belgier einmarschieren und verlangt außerdem noch die restlose Entwertung Deutschlands und die Auslieferung der deutschen Handelsflotte. Wir treiben schweren Zeiten entgegen, aber das Schlimmste ist, daß wir alle einsehen müssen, wie schwer es jetzt ist, eine starke und feste Hand zu finden, die unser Staatswesen in eine sichere Bahn hineinkläut.

**Deutsche und sächsische Angelegenheiten.**

— (Die Verhaftung des Generals von Lüttich und des Majors Bischoff unwahr.) Die von uns gestern durch Aushang bekanntgegebene Meldung des W. L. B. über die Verhaftung des Generals von Lüttich und des Majors Bischoff entspricht nicht den Tatsachen. So weit bisher festgestellt werden konnte, ist die ausgegebene Meldung über die Verhaftung dem W. L. B. von unbekannter Seite unter Mißbrauch des Namens eines Angestellten der Presseabteilung der Reichsregierung übermittelt worden. Das Wolf-Büro hat eine amtliche Untersuchung beantragt und alle Maßnahmen ergriffen, die nötig sind, um die Feststellung des Urheberers der Mystifikation zu ermöglichen.

**Pulsnitz.** (Zubiläum) 25 Jahre hat heute der Handlungsgehilfe Herr Ehrhardt Proke in Pulsnitz der Firma J. G. Hauße daselbst in vorbildlicher Treue seine geschätzten Dienste gewidmet. Die Firma gedachte dankend dieses Ehrentages und überreichte dem Jubilar Ehrendiplom und Geldgeschenk. Möge dem Jubilar und der Firma J. G. Hauße noch lange gedeihliche Zusammenarbeit vergönnt sein.

**Pulsnitz.** (Die Einleitung des Wahlkampfes) in Pulsnitz wird eine von der Deutschen Demokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung bilden, die am Dienstag, den 21. d. M. abends im Hotel Schäfershaus stattfinden soll. Vortragender ist der als guter Redner bekannte Professor Dr. Kraft aus Dresden, der über das Thema: „Der Weg aus unserer Not“ sprechen wird.

— (Erhöhte Entschädigung für verlorene Pakete.) Das Reichspostministerium hat nunmehr den Entschädigungssatz für verlorengegangene gewöhnliche Pakete, der bisher 3 M pro Pfund betrug, den gestiegenen Preisen für Lebensmittel und Gebrauchsartikel entsprechend, auf 10 M pro Pfund erhöht. Man hofft, daß dadurch die Zahl der Wertpakete zurückgeht.

— (Der erste internationale Luxuszug durch Deutschland) ist wieder aufgenommen. Er vermittelt eine eingehende Verbindung von Paris über Straßburg, Nürnberg, Eger, Karlsruhe, Prag und Olmütz nach Warschau.

— (Nachsteuer der Tabakerzeugnisse.) Die Frist zur Anmeldung von Tabakerzeugnissen zur Nachsteuer ist bis zum 24. d. M. verlängert worden.

— (Die Briefumschläge schon wieder teurer.) Der Verein Deutscher Briefumschlagfabrikanten erhöhte die Preise um weitere 55 bis 60 Prozent.

— (Ungültige Markscheine.) Neuerdings tauchen im Verkehr, wie uns von der Handelskammer Zittau mitgeteilt wird, 1 Markscheine auf, denen ein Zettel mit der Aufschrift aufgellebt ist: „Wer nimmt Euch die letzte Mark? Eberls Steuereintreiber, nicht

der Kommunist!“ Den Handel- und Gewerbetreibenden wird hierdurch empfohlen, um sich vor Verlusten zu schützen, alle Parlehenlassenscheine mit solchen oder ähnlichen Aufschriften nicht in Zahlung zu nehmen, da diese Scheine von öffentlichen Kassen nicht eingelöst werden.

— (Das Blühen der Heidelbeeren), wie dies so früh und reichlich seit langem nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist, kann gegenwärtig in unseren Wäldern wahrgenommen werden. Wenn keine ungünstigen Witterungsverhältnisse eintreten, haben wir in diesem Jahre eine reiche Heidelbeerernte zu erwarten.

— (Ueber die Einbehaltung von 10 Prozent des Arbeitslohnes) und der Gehälter durch den Arbeitgeber zur Entrichtung der Einkommensteuer herrscht gegenwärtig in den beteiligten Kreisen große Unklarheit. Das in Frage stehende Gesetz ordnet zwar die Zurückbehaltung der besagten 10 Prozent an und ist auch mit dem 1. April in Kraft getreten. Da aber die Vorbereitungen zu seiner Durchführung noch nicht beendet sind, haben die Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorläufig noch freie Hand in dieser Angelegenheit. Das soeben erschienene Reichsgesetzblatt Nr. 62 besagt sogar ausdrücklich, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt ist, den Tag des Inkrafttretens der Vorschriften, die sich auf die 10 Prozent beziehen, noch zu bestimmen. Danach ist also die Lage zweifellos so, daß Angestellte und Arbeiter ihre Steuern vorläufig auf dem bisherigen Wege selbst und direkt entrichten können. Es bleibt aber Arbeitgebern und Arbeitnehmern unbenommen, schon jetzt das kommende Gesetz zur Anwendung zu bringen. Dies würde nach behördlicher Ansicht zur Voraussetzung haben, daß durch Vermittlung der Betriebsräte Angestellte und Arbeiter mit der Zurückbehaltung der 10 Prozent bereits jetzt gegen entsprechende Quittung sich einverstanden erklären: ein Verfahren, das den Vorteil für sich hätte, daß später bei Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen nicht mehrere Abzüge auf einmal gemacht werden müßten, d. h. in solchen Fällen, in denen bis dahin keine direkte, freiwillige Zahlung erfolgte.

— (Preisrückgänge und Käufervorsicht) Von unserem Berliner Handelsmitarbeiter wird uns geschrieben: Die deutsche Mark stieg in den letzten Tagen im Werte. Wenn sie an den letzten beiden Tagen wieder ein wenig in Holland und in der Schweiz zurückging, so will das noch nicht sagen, daß ihr Aufstieg wieder für längere Zeit ein Ende hat. Im Gegenteil, man rechnet damit, daß nach Tagen kleiner Schwankungen eine weitere Wertsteigerung erfolgt. Die großen Spekulanten wollen den kleinen Markbesitzern nur den Gewinn nicht lassen, deshalb haben sie wieder mehr deutsches Geld auf den Markt gebracht, um die Kleinen zu schrecken und allein den Gewinn einzuheimen. Die Mark ist im Steigen und diese Börsenmanöver werden sie daran nicht hindern. Der Grund liegt darin, daß das Vertrauen zu Deutschland und seiner Arbeitskraft gestiegen ist, daß Deutschland mehr Rohprodukte erhalten und mehr arbeiten kann. Im Innern Deutschlands aber wächst die Wertschätzung des Geldes. Bis vor wenigen Tagen gab man noch ohne Ueberlegung aus und zahlte jeden Preis. Nachdem sich die Wertsteigerung der Mark eingestellt, aber ist man vorsichtig mit den Einkäufen geworden. Man vermutet nicht mit Unrecht einen Preisrückgang auf allen Gebieten. Das hat einen auffallenden Rückgang des Abzuges zur Folge gehabt, einen derart großen sogar, daß die Großhändler und Fabrikanten es sofort an den eingehenden Bestellungen der Zwischenhändler merkten. Und die Folge dieser geringeren Bestellung war, daß die Großhändler und Fabrikanten zunächst versuchten, ihre alten, hohen Preise zu halten, aber nun doch schon sich bequemen mußten, mit weniger Gewinn zu rechnen. Es sind im Großhandel bereits Preisrückgänge zu verzeichnen, die dahin deuten, daß man dort einsteht, daß man fortan abbauen muß. Je mehr sich also das tausende Publikum in seinen Bedürfnissen in nächster Zeit einschränkt, um so besser und schneller wird sich die Wertsteigerung auch bei uns im Inlande bemerkbar machen.

**Dhorm.** (Kirchliches.) Am kommenden Sonntag werden wieder um 9 Uhr Hauptgottesdienst und um 11 Uhr Kindergottesdienst im Betfaal gehalten werden und zwar beides durch stud. Theol. Beer aus Leipzig. Derselbe wird am gleichen Abend im Jungmännerverein einen Vortrag halten über das Thema: „Der Löwe ist los, wozu jeder junge Mann herzlich eingeladen ist.“ Der Vortragsabend beginnt um 8 Uhr im Jugendheim. — Am 2. Uhr nachmittag werden Tausen gehalten, da nun der Kirchenvorstand die Abhaltung von Tausen im Dhormer Betfaal in Abständen von 14 Tagen genehmigt hat.

**Bischofsverda.** (Der Wohnungsmangel.) Das hiesige Wohnungsamt macht bekannt, daß diejenigen, die in den Chestand zu treten beabsichtigen, mit der Zuweisung einer Wohnung nicht rechnen können.

**Arnsdorf.** (Großfeuer.) Gestern morgen gegen 4 Uhr entstand in den hiesigen Holzindustrie- werken ein größeres Schadenfeuer, das die ganze Anlage mit ihrer riesigen Holzvorräten, die großen Bretterlager usw. vernichtete. Der durch den Brand

verursachte Schaden wird auf 1 Million geschätzt. Zur Bekämpfung des Feuers waren die Wehren von Arnsdorf, Fischbach, Seligstadt und Kleinwolmsdorf erschienen.

— (Die sächsischen Kommunisten für Wahlbeteiligung.) In einer Konferenz der Kommunisten des Voglandes und des Erzgebirges wurde, wie die Dresdner Volkszeitung mitteilt, nach Referaten Seders und Brandlers folgende Resolution über die Beteiligung an den kommenden Wahlen angenommen: „Die Konferenz des Bezirks Erzgebirge-Vogland fordert die Beteiligung an den kommenden Wahlen. Die Notwendigkeit der Neuwahlen entspringt einer rev. Situation, die diesen Wahlen einen besonderen revolutionären Charakter verleiht. Wir halten die Beteiligung an den Wahlen für notwendig, um den Glauben großer Arbeitermassen an das Parlament, an die Demokratie zu zerstören. Darum fordern wir von der Zentrale der K. P. D. alle Vorbereitungen zu treffen, um die Beteiligung an den Wahlen des Reichstages und der Volkstammer zu sichern.“

**Aus dem Voglande.**

**Die Hölzische Unternehmung vor dem Zusammenbruch.**

Der Befehlshaber des Wehrkreises IV, Generalleutnant v. Stolzmann erlätzt einen Aufmarsch an die Bevölkerung des Voglandes, in dem er mitteilt, daß der Kommandeur der Reichswehrbrigade 19, Generalmajor Senft v. Pilsach, mit der Durchführung der Aufgabe, ordnungsmäßige Zustände im Voglande wieder herbeizuführen, beauftragt ist. Die Unternehmung richtet sich in keiner Weise gegen die friedliebende ruhige Bevölkerung. Es wird nur dort eingegriffen, und von der Waffe Gebrauch gemacht, wo dem Unternehmen mit Wassengewalt entgegengetreten wird. Ueber die Kreisgauhauptschaft Zwicau ist der Ausnahmestand verhängt worden, weil in Glauchau und Meerane die Gefahr besteht, daß sich dort Verhältnisse herausbilden, wie sie in Falkenstein herrschten. In Chemnitz und Plauen sind ähnliche Kundgebungen wie die obige verbreitet worden. Die militärische Aktion nimmt ihren planmäßigen Fortgang und dürfte binnen kurzem den verbrochenerischen Abenteuern ein Ende bereiten. Ein neuerlicher Versuch des Hölz, am Montag über die Grenze zu flüchten, mißlang abermals. Die Grenze auf böhmischer Seite ist von tschechoslowakischen Truppen stark besetzt, um ein Uebergetrennen der Banden zu verhindern. Am Dienstag sind von Hof aus Reichswehrruppen kampfslos in Delsitz eingedrückt und haben die öffentlichen Gebäude sofort besetzt. Am Mittwoch früh sind auch in Plauen unter klingendem Spiel die Reichswehrruppen eingedrückt. Die Truppen — das preußische Detachement Stehr — wurden von der Bevölkerung freudig begrüßt. In Schöneck wurden Mittwoch früh von durchmarschierenden Reichswehrruppen eine Anzahl Rotgardisten, die in hiesigen Gasthäusern übernachteten, festgenommen und ihnen 6000 M. abgenommen und der Polizei übergeben worden. Auch in Klingenthal, dem bisherigen neuen Standort der Hölz, sind Reichswehrruppen Mittwoch früh in großer Zahl eingedrückt. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Hölz selbst ist in der Nacht mit seinen Anhängern aus Klingenthal verschwunden. Sie sind, wie gemeldet wird, über Untersachsenberg und Jägersgrün nach Auerbach geflüchtet und haben bei Zwotenthal die Eisenbahnstrecke zerstört und die Gleise gesprengt. — In Glauchau ist der Volksguard, der aus Vertretern aller sozialistischen Parteien bestand, zurückgetreten; es hat sich ein kommunistischer Volksguard gebildet, der Gewaltmaßnahmen androht und ein Brandkommando nach dem Muster in Falkenstein gebildet hat. In Meerane wurden sämtliche Banken und Kassenstellen geschlossen; der Postgelderkehr ist dorthin eingestellt, weil man befürchtet, daß bewaffnete Banden Angriffe beabsichtigen.

**Plauen,** 14. April. Wie aus Jägersgrün berichtet wird, ist dort heute früh eine fliegende Abteilung des Detachements Gauß in eingedrückt, das die Verfolgung der in den umliegenden Wäldern herumstreifenden Rotgardisten ausgenommen hat. Es kam zwischen Truppen und Rotgardisten zu vereinzelten Schießereien, wobei einige Rotgardisten getötet oder verwundet wurden. Bis heute mittag waren 72 Angehörige der Rotgardisten gefangen genommen, darunter auch ein Führer namens Fork. Unter den Gefangenen befanden sich auch zwei Russen. Alle Rotgardisten hatten bedeutende Gelddräge bei sich. Die Reichswehrruppen erbeuteten außerdem ein Automobil mit 200 Gewehren. Hölz ist seit dem Vormittag von Falkenstein verschwunden und soll sich nach Gottesberg begeben haben. Die Reichswehr nahm in Falkenstein die Verhaftung einer größeren Anzahl von Spartakisten vor, darunter die rechte Hand des Hölz, den ehemaligen Sprachlehrer und Kruerläufer Kurte.

Von amtlicher Stelle wird aus Leipzig vom 15. April bekannt gegeben: Bei den Zusammenstößen mit der Hölz-Bande sichtlich Mänteltrag hatten die Truppen keine Verluste. Die Zahl der dabei gemachten Gefangenen hat sich auf 100 erhöht. Erbeutet wurden ein Maschinengewehr, 300 Gewehre und verschiedene Personentransportwagen, darunter der von Hölz. Hölz selbst ist entkommen, angeblich in Frauenkleidung. Die Bahnlinie Falkenstein-Klingenthal ist an mehreren Stellen durch Brandsprenngungen und Zerstörungen der Gleise unterbrochen worden. Teile der in Klingenthal eingedrückten Truppen befinden sich im Vormarsch auf Johannebergstadt. Bei der Annäherung der Truppen hat der Ultionsausmarsch in Burgstädt die Stadt gestern mittag verlassen. Lentersdorf und Umgebung wurden gestern nachmittag, Hohenstein-Ernstthal heute morgen kampfslos besetzt. Ueber die Untergauhauptschaft Glauchau ist gestern nachmittag der Ausnahmestatus verhängt worden. Es hat sich dort ein neues Brandkomitee gebildet. Ein neugegründeter Bürgerausschuß organisierte eine bewaffnete Abwehr gegen den roten Terror. In Zwicau haben die Arbeiter 137 Stimmen für und 81 Stimmen gegen den Generalstreik abgegeben. Eine Abstimmung in den Betrieben ergab 23 000 Stimmen gegen und 8000 Stimmen für den Streik.

**Politische Rundschau.**

**Deutsches Reich.**

**Berlin,** 15. April. (12 Milliarden Fehlbetrag.) In Haushaltsaussschüsse der Nationalversammlung erklärte der Reichsfinanzminister Wirth, die ursprüngliche Hoffnung, der Fehlbetrag der Reichseisenbahnen würde sich auf 7 Milliarden beschränken, sei nicht aufrechtzuerhalten; einschließlich 2 Milliarden neu geforderter Abhne sei mit zwölf Milliarden Fehlbetrag zu rechnen.



(Erzberger, der Anstandsbarer) Wie aus Stuttgart verlautet, befindet sich Erzberger in Jorbansbad bei Diberach. Er hat seine Erinnerungen der Jahre 1914 bis 1920 niedergeschrieben, die demnächst veröffentlicht werden. Erzberger wird von der Zentrumspartei des württembergischen Oberlandes für die bevorstehenden Wahlen als Kandidat aufgestellt werden.

(Reinigung in der Sozialdemokratie.) Wie unser Berliner Vertreter hört, wollen die Mehrheitssozialisten unter ihren kompromittierten Führern eine gründliche Reinigung veranstalten. Bei den kommenden Wahlen sollen außer dem früheren preussischen Minister Heine folgende Abgeordnete nicht mehr als Kandidat aufgestellt werden: Ebert, Eugen Ernst, Bauer, Koste, Hirsch, Edelum und mehrere bayrische Führer der Sozialdemokratie. Bei der Aufstellung der Kandidaten soll den Gewerkschaften weitgehender Einfluß eingeräumt werden.

(Die gelockerte Regierungskoalition.) Aus parlamentarischen Kreisen erfährt unser Berliner Vertreter: Die letzte Rede des Zentrumsgeneralsekretärs Trimborn in der Nationalversammlung, die scharfe Angriffe gegen die Sozialdemokratie enthielt, war der Auftakt der Wahlkündigung der Zentrumspartei, die sich genötigt sieht, als bürgerliche Partei von der nach links umschwenkenden Sozialdemokratie abzurücken. In Zentrumskreisen war man sich von vornherein darüber klar, daß die Beteiligung an der Regierung mehr dem Drange der Notwendigkeit entsprach als der Zuneigung zur Sozialdemokratie, deren politisches Programm hauptsächlich in den Ausfragen mit dem Zielen des Zentrums unvereinbar sind. Die Zentrumspartei wünscht für die Zukunft, daß es ihr erspart bleiben werde, mit den Sozialdemokraten weiter in einer Regierung zu arbeiten. Außerdem beabsichtigen die Sozialdemokraten auch durch ein Wahlbündnis mit den Unabhängigen eine sozialistische Regierung anzustreben, was einer scharfen Trennungslinie zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gezogen hat. Das Zentrum ist bereit, die Front der bürgerlichen Parteien bei dem Wahlkampf zu verstärken und sucht aus diesem Grunde Anschluß an die Demokraten und an die deutsche Volkspartei. Die Demokraten, die sich auch von der Regierungskoalition loszulösen beabsichtigen, sehen sich vorläufig noch nicht imstande, den Zentrumspartnern große Sympathien entgegen zu bringen, aber schließlich würden sie sich doch mit dem Gedanken vertraut machen, mit dem Zentrum und der deutschen Volkspartei zusammen zu gehen. Damit ist die jetzt bestehende Regierungskoalition völlig ins Schwanken geraten, sobald man in parlamentarischen Kreisen kaum mit der Möglichkeit rechnet, daß sie die Neuwahlen zum Reichstage überdauern wird.

**Türkei.**

Nach einer Timesmeldung aus Konstantinopel hat sich Mustafa Kemal Pascha zum Großwesir einer neuen Regierung in Anatolien ausgerufen. Er übernimmt das Kriegsministerium. Nach einer Meldung der Morningpost sollen die Bolschewiken ein Abkommen mit Mustafa Kemal Pascha getroffen haben.

**Frankreich.**

(Das französische Finanzprogramm.) In der französischen Kammer entwickelte Finanzminister Masraei sein Finanzprogramm. Ueber die Zahlungen, die Deutschland geleistet hat, erklärte Masraei: Die Vereinigten Staaten hätten von Deutschland 780 Millionen Goldmark erhalten, England 325 Millionen, Frankreich erhielt aus dieser Quelle 131 Millionen in Rohle, zu denen noch die Kohlenlieferungen aus den Saargruben hinzukämen. Am 1. Februar hatte Frankreich 630 Millionen Mark erhalten, um seine Auslagen zu decken. In Bezug auf die Schiffe, Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Motorwagen, chemischen Produkte, Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen haben die Schätzungsarbeiten kaum begonnen und man könne daher noch keine genaue Rechnung aufstellen. Jedenfalls muß aber auf die Lässigkeit hingewiesen werden, daß Deutschland soviel als möglich die Erfüllung des Vertrages hinausschiebe. Zwischen dem 1. September 1919 und dem 1. März 1920 sollte Frankreich 9 960 000 Tonnen Rohle erhalten. Es empfing jedoch nur 3 700 000 Tonnen. Der Minister erklärte ferner, daß die Finanzierung Deutschlands durch die Alliierten noch immer in Erwägung gezogen werde. Alle Alliierten hätten daran ein gemeinsames Interesse.

**Nationalversammlung.**

**Die politische Aussprache in der Nationalversammlung.**

Die Besprechung der Regierungserklärung über die politische Lage und über die Vorgänge im Ruhrgebiete führte in der Nationalversammlung zu außerordentlich erregten Debatten. Dieselben wurden hauptsächlich durch die Behauptungen des Abg. Braß, Unabhängiger Sozialdemokrat, herbeigeführt, daß die Kämpfe im Ruhrgebiete die Folge des revolutionären Treibens der Militaristen und der Kapitulanten gewesen sei, auch sei es unwahr, daß auch die Unabhängigen Sozialdemokraten um den Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet gebeten hätten. Der Reichspostminister Giesberts führte dagegen aus, daß der Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrgebiet überflüssig gewesen wäre, wenn die Bielefelder Abmachungen durchgeführt worden wären, die roten Führer an der Front hätten aber das Abkommen nicht gehalten, wohl habe aber die Reichswehr das Abkommen gehalten. Auf einen Widerspruch des Abg. Braß entgegnete sofort der Reichspostminister, daß der Abg. Braß keinen einzigen Beweis dafür bringen könne, daß die Reichswehr das Bielefelder Abkommen nicht gehalten hätte. Im übrigen habe die Reichsregierung noch keine klare Antwort auf die Frage bekommen, welche Kampfziele die Rote Armee eigentlich nach der Erledigung des Ruhrkampfes noch verfolgt hätte. Die ganze Aktion im Ruhrgebiete mache doch den Eindruck einer vorbereiteten Aktion. Der Reichswehrminister Dr. Giesler hob darauf hervor, daß wir aus den schwierigen Verhältnissen nur durch die Beseitigung des Mißtrauens herauskommen können, und daß es eine Lebensaufgabe für das Deutsche Reich ist, die Reichswehr wieder in Ordnung zu bringen. Darauf verlas der Reichswehrminister eine Depesche des Oberpräsidenten in Coblenz, in der es heißt, daß der Unabhängige Sozialdemokrat Abg. Braß mit drei Kommunisten bei der Rheinlandkommission erschienen sei und die Angabe gemacht habe, daß die Reichswehrtruppen in der neutralen Zone nicht 18 000, sondern 80 000 Mann stark seien. Bei dieser Mitteilung erhob sich bei der Mehrheit der Nationalversammlung ein großer Entrüstungssturm gegen den Abg. Braß. Der Reichsminister führte dann noch aus, daß der Abg. Braß Berichterstatter französischer und englischer Zeitungen bestimmte Schriftstücke über ein angebliches Einverständnis des Generals Watter mit den Bolschewiken ausgehändigt habe, aber die Minister Giesberts und Braun hätten von dem Abg. Braß in Bielefeld die Ausgehändigung dieser Schriftstücke, die ein Eingreifen der deutschen Regierung ermöglicht hätten, nicht erreichen können.

**Aus aller Welt.**

Aachen, 13. April. (Schweres Explosionsunglück bei Aachen.) Gestern nachmittag gegen 2 Uhr ist die Stolberger Düngersfabrik durch eine schwere Explosion in die Luft geflogen. Die Fabrik ist ein vollständiger Trümmerhaufen. Sehr stark in Mitleidenschaft gezogen sind auch die Chemische Fabrik Rhénania, die umliegenden Wohnhäuser, sowie die Spiegelmanufaktur. In Stolberg und Umgebung wurden fast sämtliche Fensterheben zertrümmert, selbst bis nach Eschweiler hin. Bis jetzt wurden 20 Tote und sehr viele Verwundete, darunter viele Schwerverletzte festgestellt. Kinder auf der Straße wurden getötet. In der Chemischen Fabrik Rhénania wurden die Dächer abgerissen und sonstiger schwerer Beschaden angerichtet, so daß der Betrieb vollständig ruht. Auch unter den Arbeitern der Rhénania sind Tote zu beklagen. Da auch die Kleinbahnanlagen Stolbergs zerstört sind, ruht auch dort der Betrieb. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

Oppeln, 13. April. (Mordtat eines französischen Soldaten.) In einem tiefen Solal

**Grifeldis.**

19) Roman von P. Courths-Mahler.

Geht es nicht an, daß meine Nichte Grifeldis reithum alle Stiftdamen besucht? Jede derselben möchte ihr ein Anrecht geben, drei Tage ihr Gast zu sein. Natürlich bleibt ihr Lager in meinem Zimmer aufgeschlagen, damit sie niemand lästig wird. Sie ist ja ein beschönigtes, liebes Ding, und ich habe sie lieb, Mutter Anna, und möchte sie nicht jetzt ihrem Schicksal überlassen. Sie wird ja halb eine Stellung finden, denn sie eignet sich zu allem, zur Gesellschafterin, zur Reisebegleiterin, zur Pflegerin oder zur Erzieherin. Nur über die stillenlose Zeit möchte ich ihr fort helfen. Und nur um der Sorge um sie bin ich auf den kühnen Ausweg gekommen, den ich nun Ihrer Güte unterbreite.

Ich bitte um möglichst baldige Nachricht. Und wie sie auch ausfallen möge, ich weiß, daß Mutter Anna das Ihre tun wird, um einem sorgenbelasteten Menschen nach besten Kräften zu helfen.

In dankbarer Liebe und Verehrung

Ihre ergebene  
Agnes von Ronach.

Als die Oberin diesen Brief vorgelesen hatte, erhob sich unter den achtundzwanzig Stiftdamen ein aufgeregtes Hin und Her, ein Staunen, Wachen und Bedenken, ein jubelndes Zustimmung und ein bedächtiges Abwehren. So leicht war es nicht, diesen aufgeregten Schwarm zu besänftigen und die Oberin ließ ihrer kleinen Herde erst einmal völlig freien Lauf, bis sie sich über diesen Brief Luft gemacht hatte. Sie hörte nur Bruchstücke aus der Unterhaltung.

„Das geht doch nicht!“

„Wie denkt sich das die gute Ronach?“

„Ich finde, es ist ein origineller Einfall.“

„Das wird ein Spaß.“

„Aber gewagt finde ich das.“

„Es ist unglaublich.“

„Wenn wir nun alle unsere Verwandten so einladen wollten, dann würde das Stift das reine Gasthaus.“

„Du bist zu bedenktlich, man muß der guten

Ronach helfen.“

„Jawohl, das ist Menschenpflicht.“

„Ich bin dafür, wir hören Mutter Anna.“

„Ja, sie wird das Richtige treffen.“

„Mutter Anna — Mutter Anna, was sagen Sie dazu?“ So rang es durcheinander.

Alle Augen richteten sich auf die Gräfin und es trat plötzlich eine große Stille ein.

Diese sah ruhig zu, ein feines, göttliches Lächeln um den Mund. Nun richtete sie sich auf.

„Ja, meine Damen, ich allein habe darüber nicht zu entscheiden. Nur möchte ich einiges bemerken. Unsere liebe Ronach ist uns allen immer gern gefällig gewesen, wo sie nur konnte. Da gab es meines Wissens kein Krankenbett im Stift, an dem sie nicht opferfreudig die Pflege übernommen hätte. Manche Nacht hat sie für uns gewacht. Auch für mich.“

Sie habe es ihr auch noch nicht danken können. Hat sie uns dagegen je in Anspruch genommen? Nein — wir haben ihr noch nichts zuliebe tun können. Und wie ich sie kenne, hat sie sich erst hundertmal bedacht, ehe sie uns mit dieser Bitte kam. Sie muß gar keinen anderen Ausweg gewußt haben. Wenn man nun bedenkt, daß da ein elternloses, junges Geschöpf, die einzige Verwandte unserer lieben Stiftdamen, in harter Bedrängnis ist und wir ihr mit gutem Willen leicht helfen können — nun, meine Damen — wer von Ihnen tut es da nicht gern? Ich als Frau Domina des Stifts habe das Anrecht, mir einen Besuch, sofern er weiblichen Geschlechts ist, auf vierzehn Tage einzuladen. Ich werde also gern die Gelegenheit ergreifen, der guten Ronach auch einmal einen Gefallen zu tun, und werde ihre Nichte auf vierzehn Tage zu mir einladen. Und Sie, meine Damen?“

Da gab es wieder ein Durcheinander. Mutter Anna konnte ihre Schutzbefohlenen und hatte ihre Worte gut gewägt. Da blieb nicht eine verstockt.

Und als sich die Wogen der Erregung geglättet hatten, erklärten sich alle Stiftdamen bereit, die junge Freitin Grifeldis auf drei Tage einzuladen.

Die Frau Domina rechnete lächelnd aus: Achtundzwanzig mal drei Tage, das sind vierundachtzig

Tage. Dazu vierzehn Tage für sie, waren achtundneunzig Tage, und drei Tage durfte Agnes von Ronach ihre Nichte einladen, das machte zusammen hundertetwanzig Tage, also reichlich drei Monate. Mutter Anna forderte nun die Damen auf, daß jede ihre Einladung niederschreiben und daß sie diese Einladung sammeln und auf ihr Zimmer bringen möchten. Sie wollte dann gleich an die liebe Ronach schreiben.

Das war ein vergnüglicher und aufregender Vormittag für die Stiftdamen von St. Marien. Sie lachten soviel, wie sonst in einem ganzen Jahr nicht, und fanden, daß man der guten Ronach für diesen Spaß noch dankbar sein möchte. Man konnte doch wieder einmal über etwas anderes sprechen, als über das tägliche Einerlei.

Die Einladungen wurden zierlich und mit scherzhaften Wendungen abgefaßt und beim Einsammeln erst verlesen. Und wer sich besonders hübsch abgefaßt hatte, erntete besonderen Beifall.

So sah man allseitig dem jungen Gast mit recht wohlwollenden Gefühlen entgegen. Jede fühlte sich ein wenig als ihre Wohlthäterin, und das ist immer ein angenehmes Gefühl.

Mutter Anna schrieb an Fräulein Agnes von Ronach:

„Mein liebes Fräulein von Ronach!

Es freut mich aufrichtig und herzlich, Ihnen mitteilen zu können, daß wir einstimmig beschlossen haben, Ihren Wunsch zu erfüllen. Beifolgend sende ich Ihnen für Ihr Fräulein Nichte die Einladungen sämtlicher Stiftdamen, die meine mit einbezogen. Ihr origineller Gedanke hat allgemeinen Anklang gefunden, und freuen wir uns alle, der Reihe nach von Fräulein Grifeldis besucht zu werden. Die Reihenfolge wird heute nachmittag durch das Los bestimmt. Das gibt gleich wieder eine vergnügte Unterhaltung. Und eigentlich müssen wir Ihnen für einige angenehme Stunden danken.

Ich stelle der jungen Dame gern eins der unbewohnten Zimmer für die Dauer ihrer Anwesenheit, die sich sonach auf drei Monate erstrecken darf, zur Verfügung. Hoffentlich gelingt es ihr in dieser Zeit, eine gute Stellung zu finden.

Forsl. folgt.



